



15. Beratung und Beschlussfassung: Antrag auf Wiederholung Losentscheid  
Antrag: 23/FDP/BJA/BVFO/2024
16. Beratung und Beschlussfassung: Antrag zur Senkung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2025 auf 33 %  
Antrag: 24/BVB/Freie Wähler/2024
- 16.1. Abstimmung über Fortsetzungssitzung am 09.12.2024 wieder um 17:30 Uhr im Atrium des Landratsamtes in Beeskow
17. Beratung und Beschlussfassung: Richtlinie zur Förderung des ambulanten Weiterbildungsabschnittes in der Allgemeinmedizin im Rahmen des Kompetenzweiterbildungnetzwerkes des Landkreis Oder-Spree  
Antrag: 25/SPD und B'90/Grüne/2024/1
18. Beratung und Beschlussfassung: Anpassung der Richtlinie über die Gewährung einer Studienbeihilfe für Medizinstudenten im Landkreis Oder-Spree  
Antrag: 26/SPD und B'90/Grüne/2024
19. Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf 2025 - Finanzielle Absicherung der Vorhaben Gymnasium Schöneiche und Gesamtschule Erkner  
Antrag: 27/SPD und B'90/Grüne/2024/2
20. Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung -  
Beschlussvorlage: 081/2024
21. Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung -  
Beschlussvorlage: 082/2024
22. Beratung und Beschlussfassung: Zweite Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes für die Sparkasse Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 091/2024
23. Beratung und Beschlussfassung: Satzung für das Jugendamt des Landkreises Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 085/2024
24. Beratung und Beschlussfassung: Kinderschutzmonitoring des Jugendamtes des Landkreises Oder-Spree - Jährliches Monitoring zu Entwicklungen und Tendenzen der Meldungen und der tatsächlich festgestellten Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Oder-Spree - Berichtszeitraum 2023  
Beschlussvorlage: 086/2024
25. Beratung und Beschlussfassung: Rettungsdienstgebührensatzung 2025  
Beschlussvorlage: 098/2024
26. Beratung und Beschlussfassung: Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025  
Beschlussvorlage: 083/2024
27. Beratung und Beschlussfassung: Richtlinie zur Förderung der Verbände und Beiräte für Senioren und Menschen mit Behinderung  
Beschlussvorlage: 025/2024/1/NEU/NEU

28. Beratung und Beschlussfassung: Streichung der Höchstfördersummen aus den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung ambulanter sozialer Dienste und über die Gewährung von Zuwendungen im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe - Fachförderrichtlinie Gesundheitsamt - im Landkreis Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 090/2024
29. Beratung und Beschlussfassung: Weiterentwicklung von Sozialarbeit an Schulen im Landkreis Oder-Spree - Fortschreibung der Richtlinien über die Förderung von Personalkosten für sozialpädagogische Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 087/2024
30. Beratung und Beschlussfassung: Bestellung eines Prüfers des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 097/2024
31. Beratung und Beschlussfassung: Festsetzung des Wasserschutzgebietes Beeskow  
Beschlussvorlage: 084/2024
32. Beratung und Beschlussfassung: ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2025  
Beschlussvorlage: 092/2024
33. Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des Neubaus eines Radweges im Tesla-Umfeld RW 05.1 Bahnhof Fangschleuse neu – Gottesbrück  
Beschlussvorlage: 096/2024
34. Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zum Neubau eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6740, Abschnitt 010, 2. BA OA Demnitz - L 38  
Beschlussvorlage: 095/2024
35. Beschlussfassung: Eilentscheidung nach § 58 der Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf) zur Sicherung der Finanzierung der Ausstattung der Katastrophenschutz-Leuchttürme (KatS-Lt)  
Beschlussvorlage: 099/2024
36. Beschlussfassung: Genehmigung einer Eilentscheidung über die Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen zur Finanzierung von Pflegekosten im ambulanten Bereich  
Beschlussvorlage: 100/2024
37. Beratung und Beschlussfassung: Sitzungskalender des Kreistages Oder-Spree für das Jahr 2025  
Beschlussvorlage: 080/2024
38. Information zum Verfahren für die Auswahl des Beigeordneten für das Dezernat II
39. Kreistagsarbeit transparent und effizient gestalten  
Antrag: 22/SPD und B'90/Grüne/2024/1
40. Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 101/2024
41. Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 102/2024

42. Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Zuständigkeitsordnung gemäß § 13  
Hauptsatzung des Landkreises Oder-Spree  
Beschlussvorlage: 103/2024
43. Veränderungen in den Ausschüssen

## **II. Nichtöffentlicher Teil:**

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.10.2024 - nichtöffentlicher Teil
2. Beratung und Beschlussfassung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages zum On-Demand-Angebot DALLI  
Beschlussvorlage: 093/2024

### **Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Hilke eröffnet die 3. Sitzung des Kreistages und heißt alle Anwesenden willkommen. Er verkündet, dass dies die erste Sitzung ist, die per Livestream übertragen werde. Die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Er bittet, angesichts der langen Tagesordnung, um eine disziplinierte Arbeitsweise.

***zugestimmt***

### **Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende teilt mit, dass es eine Vielzahl von Änderungsvorschläge zur Tagesordnung bzgl. der Reihenfolge gebe.

Er informiert kurz, dass er und seine Stellvertretung das Auszählen der Stimmen aufgrund des Livestreams übernehmen werden, solange die Kreisverwaltung noch keine Abstimmungstechnik beschaffen konnte. Er bittet darum, dass das konkrete Auszählen nur auf Wunsch erfolgen müsse und es sonst als ausreichend betrachtet wird, wenn die Mehrheit festgestellt wird, die für oder gegen einen Beschluss sei.

Herr Hilke lässt über den zuerst eingebrachten Vorschlag der Fraktion SPD und B'90/Grüne abstimmen, der besagt, dass die TOP's 15 und 21-23 nach TOP 42 behandelt werden sollen.

**mehrheitlich zugestimmt**

*Es wird keine Auszählung gewünscht.*

Nun folgt die Abstimmung über den Änderungsvorschlag der Fraktion BVB/Freie Wähler. TOP 8, 9 und 17 sollen im Zusammenhang mit dem TOP 30 behandelt werden.

**mehrheitlich abgelehnt**

*Ja 14 Enthaltung –*

Schließlich wird der Vorschlag der AfD-Fraktion zur Abstimmung gestellt, der teilweise bereits erledigt ist. Es sollen demnach noch TOP 14, 20, 24, 25, 36 und 38 im Rahmen der Haushaltsdiskussion mit behandelt werden.

## **mehrheitlich abgelehnt**

*Es wird keine Auszählung gewünscht.*

Der Vorsitzende fährt also mit der Tagesordnung fort, so wie sie beschlossen wurde.

## **zugestimmt**

### **Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.10.2024 - öffentlicher Teil**

Es sind keine Rückmeldungen eingegangen.

## **zugestimmt**

### **Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Herr Hilke macht darauf aufmerksam, dass heute auch erstmals eine Chatfunktion Vorhanden sei. Einwohnern sei damit die Gelegenheit gegeben, Fragen zu stellen. Dafür müssten sie ihren Klarnamen und Wohnort angeben.

Rita Kaspar, Vorsitzende des Seniorenbeirates der Stadt Storkow, spricht zum Antrag 24/BVB/Freie Wähler/2024 Senkung der Kreisumlage. Sie bittet darum das Modellprojekt DALLI nicht in Frage zu stellen. Es sei ihrer Meinung nach beispielgebend und es gebe keine Alternativen.

Herr Unger, aus Erkner und Vorstand der Gesellschaft für Arbeit und Soziales, möchte wissen wann der Armutsbericht des Landkreises für das Jahr 2024 herausgegeben wird und ob man die Beantragung von Förderungen niedrigschwelliger gestalten kann. Er geht ausführlich auf die Problematik ein, anhand seiner Erfahrungen mit der GefaS und nimmt Bezug zum Antrag 7/DIE LINKE/2024 vom Kreistag am 08.05.2024. Er plädiert für mehr Bürokratieabbau.

Frau Kaiser geht darauf ein. In dem besagten Kreistagsbeschluss sei es auch darum gegangen, dass die Verwaltung zunächst prüfen solle, ob und wenn ja, in welcher Höhe, Bedarf bestehe. Es handele sich um öffentliche Gelder und deshalb sei eine Überprüfung notwendig, durch z. B. eine Gegenüberstellung von den tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben, etc. Zum Thema Armut werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration Einiges besprochen, dazu sei Herr Unger selbstverständlich gerne eingeladen.

Herr Diepold meldet sich zu Wort. Er sei der Ansicht, dass definitiv Bedarf bestehe und fragt, warum das Geld aus dem Beschluss vom 08.05.2024 nicht im Haushalt eingeplant sei.

Herr Buhrke entgegnet, dass das Geld sehr wohl im Haushalt eingeplant sei, aber deren Zahlung laut Beschluss an Bedingungen geknüpft war. Deshalb sei er ganz bei Frau Kaiser.

Dann trägt Herr Hilke eine Frage aus dem Chat vor. Herr Kai Hamacher aus Fürstenwalde möchte zum DALLI-Bus wissen, ob bei 52.000 Fahrten und Kosten von 1,8 Millionen Euro jede einzelne Fahrt 35,00 Euro kostet. Und wann die anderen Kommunen in den Genuss des DALLI kommen würden.

Herr Buhrke möchte kurz darauf eingehen. Das Thema werde im Zusammenhang mit der Nahverkehrsplanung in der Zukunft besprochen, im Rahmen eines transparenten Verfahrens. Die Städte und Gemeinden sowie Bürger sollen die Gelegenheit erhalten Stellung zu beziehen. Die genauen Kosten könne er nachliefern.

Dann merkt Marco Wojtzik aus Berkenbrück an, dass derzeit sehr viele Anträge über den Bau von Windparks im Landkreis liefen. Er möchte wissen, wie der Kreistag dazu stehe, ob alle Anträge „anstandslos durchgewunken“ würden und wie der aktuelle Stand sei.

Herr Hilke erteilt dem Landrat das Wort. Dieser berichtet, dass die Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree gemeinsam mit dem Landkreis Märkisch-Oderland und der Stadt Frankfurt (Oder) in der letzten Regionalversammlung den Stand des Regionalplanes zu erneuerbaren Energien vorgestellt bekommen hätten. Der Regionalplan sehe für die Windenergienutzung bestimmte Vorranggebiete vor. Dieses Verfahren werde man dort weiterführen und beschließen. In der Zwischenzeit gebe es aufgrund der Beschleunigung, die insbesondere der Bundestag beschlossen habe, unterschiedliche Situationen beim Ausbau. Hier habe der Landkreis leider nicht immer die Möglichkeit Einfluss darauf zu nehmen.

Der Vorsitzende trägt dann noch die Einwohnerfrage von Herrn Piet aus Müllrose vor: „Was denken Sie über die Reformation der Jungen Alternative. Ist das Wahlkampf der AfD den sie nutzen möchten?“ Diese Frage könne Herr Hilke nicht beantworten, das seien auch keine Dinge über die der Kreistag beschließen oder die Verwaltung allein entscheiden könnte. Das sei eine Frage zur Politik, die in einer höheren Ebene eine Rolle spiele.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht, somit schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt.

#### **Zu TOP 5      Geschäftsbericht des Landrates**

Herr Steffen teilt bzgl. seines Geschäftsberichtes mit, dass er drei Themen ausgewählt habe, über die er heute kurz informieren wolle. (Anlage 3)

#### **Zu TOP 6      Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat**

Frau Kaiser trägt die Antwort zur Anfrage der Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei zum Thema Einführung der Bezahlkarte, wie gewünscht, mündlich vor. (Anlage 5)

Die anderen beiden Anfragen seien mit der entsprechenden Antwort im Bürger- und Ratsinformationssystem eingestellt. (Anlage 4 und 6)

#### **Zu TOP 7      Information des Kreistagsvorsitzenden**

Herr Hilke berichtet kurz aus der Präsidiumssitzung vom 25.11.2024, in der insbesondere die technischen Details des Livestreams und eingegangene Petitionen besprochen worden. Man habe die Verwaltung aufgefordert, entsprechende Stellungnahmen zu erarbeiten.

#### **Zu TOP 8      Beratung und Beschlussfassung: Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden Vorlage: 14/FDP/BJA/BVFO/2024/NEU**

Herrn Losensky von der Fraktion FDP/BJA/BVFO wird das Wort erteilt. Er begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Dr. Zeschmann von der AfD-Fraktion teilt mit, dass er den Antrag grundsätzlich sehr sinnvoll finde, aber ihm fehle ein nachvollziehbarer Gegenfinanzierungsvorschlag, da es sich um einen haushaltsrelevanten Punkt handle.

Des Weiteren gibt er zu bedenken, dass man hier Eigentümern von denkmalgeschützten Gebäuden Steuergelder zur Verfügung stelle, damit diese ihre Gebäude sanieren könnten, aber die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten in diesem Bereich seien bereits sehr hoch.

Herr Losensky ist der Meinung, dass die Aufstockung auf weitere 100.000 Euro auch aus den Zinserträgen der Rücklagen möglich sei.

Herr Wende von der Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei fragt, ob die Verwaltung überhaupt die Kapazitäten hätte die Mehrprojekte überhaupt durchzuführen und die steigende Anzahl an Anträgen bearbeiten zu können. Zur Frage, ob sich der Landkreis zurzeit Derartiges leisten könne, schlägt Herr Wende eine Änderung des Antrages vor. Bis zum Jahr 2029 soll der bisherige Betrag um 20.000 Euro jährlich erhöht werden. Somit würden die im Antrag geforderten 100.000 Euro schrittweise in den nächsten Jahren erreicht und die Verwaltung könne besser planen.

Frau Laue von der Fraktion SPD und B'90/Grüne berichtet von einer Überschneidung, die es hier gebe. Der vorliegende Antrag sei leider nicht in den Fachausschüssen behandelt worden. Unabhängig davon sollte die Denkmalförderrichtlinie bis Ende des Jahres in den Fraktionen beraten werden, die dann ihre Vorschläge in den nächsten Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt geben sollten. Ihre Fraktion habe sich im Vorfeld erkundigt, ob eine grundsätzlich Einschätzung vorliege, ob diese Mittel vorhanden sein könnten und habe ein positives Votum dazu erhalten. Dan betont sie, dass es erst einmal nur um das Haushaltsjahr 2025 gehe. Es handele sich hier auch um eine freiwillige Aufgabe des Landkreises, der er bereits seit Jahren nachkäme und als unterstützende Instanz tätig sei, was sie sehr befürworte.

Herr Opitz von der Fraktion FDP/BJA/BVFO macht auf die Fälle aufmerksam, in denen ein Gebäude gekauft und nachträglich zum Denkmal erklärt worden sei. Da kämen Auflagen und so hohe Kosten auf einen zu, mit denen man vorher nicht habe rechnen können.

Herr Vogelsänger Fraktion SPD und B'90/Grüne geht kurz auf den geforderten Gegenfinanzierungsvorschlag ein.

Herr Schroeder von der Fraktion CDU spricht sich für den Antrag aus und widerspricht Herrn Dr. Zeschmann.

Herr Dr. Zeschmann wiederholt, dass er grundsätzlich für den Antrag sei, aber keine Finanzierungsmöglichkeit sehe, weil es ein Haushaltsdefizit gebe.

Herr Schüler von der Fraktion FDP/BJA/BVFO beantragt die Abstimmung.

Herr Gehm, 1. Beigeordneter, spricht nun zur Leistbarkeit. Es handele sich hier um eventuell 40-50 Anträge im Jahr. Von einer Verdoppelung gehe er nicht aus. Seiner Einschätzung nach, könne es personell machbar sein.

Herr Buhrke geht kurz auf die Finanzierung ein. Vorgeschlagen wurde die Erhöhung des Defizits.

Noch sei Geld in der Rücklage vorhanden, es gebe aber viele andere Vorhaben und man müsse wissen, dass die zukünftige Haushaltsplanung erschwert würde.

Weitere Redebeiträge gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

## **Beschlussvorschlag:**

Die Fraktion FDP/B-J-A/BVFO beantragt, der Kreistag möge beschließen, für das Haushaltsjahr 2025 eine Summe von 200.000 Euro für die Unterstützung zur Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden einzuplanen.

**zugestimmt**

**Zu TOP 9            Beratung und Beschlussfassung: Kreisstrukturfonds für das HH-Jahr 2025**  
**Vorlage: 15/FDP/BJABVFO/2024/NEU**

Auch hier erteilt Herr Hilke Herrn Losensky als Vorsitzendem der einreichenden Fraktion das Wort. Herr Losensky erklärt den Antrag. Finanzschwache Kommunen des Landkreises seien teilweise nur in der Lage, einen geringen Teil ihrer Aufgaben zu erfüllen. Deswegen plädiere er dafür, den Kreisstrukturfonds nicht abzuschaffen und seinem Antrag zuzustimmen, damit die finanzschwachen Kommunen die nötige Unterstützung bekämen.

Herr Dr. Zeschmann hält fest, dass dringend geschaut werden müsste, wie man den fairen Ausgleich zwischen dem Landkreis und den Städten und Gemeinden. Er sehe 3 Möglichkeiten. Man könne die Kreisumlage für 2025 um 3% senken. Alternativ könne man die Kreisumlage für das laufende Jahr rückwirkend senken, allerdings bezogen auf einen vermeintlichen Überschuss, den es für das Haushaltsjahr voraussichtlich nicht geben werde oder die dritte Möglichkeit wäre, den Kreisstrukturfonds noch einmal zu nutzen. Diesen würden aber viele Städte und Gemeinden aufgrund der Bürokratie eigentlich ablehnten. Die AfD-Fraktion befürworte aber, dass den finanzschwachen Kommunen geholfen würde und unterstütze daher diesen Antrag.

Der Landrat schlägt angesichts der schwierigen Situation vor, sich mit der Kreisarbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes sich gemeinsam auf ein verfahren zum kreisstrukturfonds zu einigen

Herr Wende dankt Herrn Steffen für diesen Vorschlag, weil es jetzt das Sinnvollste sei. Er unterstütze den Kreisstrukturfonds, so wie er ursprünglich einmal gedacht war. Er sei aber dagegen über diesen Antrag heute abstimmen zu lassen, in der Form, wie er jetzt vorliege.

Herr Losensky entgegnet darauf, dass der Antrag ausführlich im letzten Ausschuss für ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung sowie im Ausschuss für Haushalt und Finanzen/Beteiligungen diskutiert worden sei. Er gehe davon aus, dass innerhalb der Fraktionen die Ergebnisse der Fachausschüsse besprochen würden.

Herr Schroeder widerspricht auch Herrn Wende und lobt die Verwaltung für die Aufbereitung des Themas in den Fachausschüssen. Er sei für den Antrag.

Herr Dippe von der Fraktion BVB/Freie Wähler verkündet, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde, weil sie die Senkung der Kreisumlage fordern.

Herr Papendieck von der Fraktion SPD und B'90/Grüne bringt positive Beispiele für die Ausgleichsfunktion des Kreisstrukturfonds an. Er sei auch für den Antrag.

Weiteren Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Fraktion FDP/B-J-A/BVFO beantragt, der Kreistag möge beschließen, für den Kreisstrukturfonds des Haushaltsjahres 2025 einen Betrag von 2.0 Mio. Euro im Haushaltsplan einzuplanen.

**zugestimmt**

**Zu TOP 10      Beratung und Beschlussfassung: Aktivierung Klimaschutzmonitoring  
Vorlage: 17/Die Linke/Tierschutzpartei/2024/NEU**

Frau Laue meldet sich zu Wort. Ihre Fraktion SPD und B'90/Grüne unterstütze den Antrag. Sie geht ausführlich auf den Klimabeirat ein und nimmt Bezug zum Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2022. Das Klimaschutzcontrolling- und monitoring seien essenziell wichtig und notwendig, um den Landkreis bis 2045 klimaneutral zu gestalten.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt,

- a) jeweils zum Anfang eines Jahres dem Kreistag und der Öffentlichkeit über die im Vorjahr erreichten Fortschritte bei der Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Oder-Spree zu berichten;
- b) dabei den Stand des kreiseigenen Klimaschutz- Controllings zu benennen und den Stand der Abarbeitung der im Konzept benannten Maßnahmen darzustellen;
- c) bis Ende 1. Halbjahr 2025 den Klimabeirat im Sinne des Ziels K6 des Integrierten Klimaschutzkonzeptes zu etablieren.

**mehrheitlich zugestimmt**

*Ja 26 Nein 22 Enthaltung 2*

**Zu TOP 11      Beratung und Beschlussfassung: Verwendung der investiven Mittel  
des Landkreises strikt nach Priorität  
Vorlage: 18/AfD/2024**

Herr Galla von der AfD-Fraktion begründet kurz den vorliegenden Antrag. Es gehe hauptsächlich um die Frage, ob man einen Konsens im Kreistag herstellen könne, dass Investitionen in die Infrastruktur, Sanierung und Neubau von Schulen und in die Gesundheitsvorsorge gebraucht würden.

Herr Schroeder verweist bzgl. des 2. Punktes auf die Prioritätenlisten, mit denen das Geforderte eigentlich schon umgesetzt sei. Zum 1. Punkt des Antrages kritisiert er, dass dadurch die prekäre Situation am Fuchsbau verstärkt würde. Er sei für eine dezentrale Unterbringung und eine gleichmäßige Lastverteilung.

Frau Wiedemann von der Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei schließt sich Herrn Schroeder bzgl. des 2. Punktes an, eine Priorisierung gebe es schon. Sie ist der Ansicht, dass mit diesem Antrag versucht würde, den Bau weiterer Unterkünfte für Geflüchtete zu verhindern.

Sie warnt davor, denn die der Landkreis sei dazu verpflichtet, Unterkünfte vorzuhalten und die Belegungskapazität habe bereits 75% erreicht. Dies könnte nur vorübergehend der Fall sein, wenn man die weltpolitische Lage betrachte und könnte am Ende wieder die Priorisierung gefährden.

Herr Aulich von der Fraktion AfD widerspricht Herrn Schroeder. Der Kreistag habe beschlossen Plätze zurückzuführen und weiter abzubauen und aber vor Kurzem auch, dass die Unterkunft in Petersdorf und das Haus Hoffnung weiter aufgebaut werden sollen. Mit den Containerbauten seien die Platzkapazitäten erhöht worden und die AfD habe damals dagegen gestimmt, weil sie es dezentraler machen wollte. Mit dem weiteren Bauen solle danach Schluss sein.

Herr Dippe bemängelt, dass der Inhalt des Antrages nicht dem Titel entspreche und nicht mehr Prioritäten anspreche. Er halte den Antrag für nicht zustimmungsfähig.

Herr Schroeder weist die Aussage von Herrn Aulich bzgl. des Abstimmungsverhaltens zurück. Man verstricke sich mit dem Antrag in Widersprüche. Auch er warne davor, zukünftig keine Kapazitäten mehr auszubauen. Bei der Unterkunft Fuchsbau sei es immer geplant gewesen, ihn vorzuhalten und nicht voll zu belegen. Es drohe die Gefahr ggf. wieder Schulen und Turnhallen belegen zu müssen.

Herr Dr. Zeschmann weist wiederum den Vorwurf von Herrn Schroeder und Herrn Dippe zurück.

Richtig sei, dass im Sommer 2024 die Bauvorhaben bereits beschlossen gewesen seien und der Landrat durch die Sommerpause die Möglichkeit gehabt habe den begonnenen Bau fortzusetzen und Vergaben, auch zu beiden Unterkünften (Fuchsbau und Haus Hoffnung), entscheiden zu können. Es sei sinnlos gewesen gegen die Eilentscheidungen zu stimmen und im Kreis Ausschuss sei dazu auch ausführlich diskutiert worden. Frau Kaiser habe dort mitgeteilt, dass andere Unterkünfte aufgrund der hohen Kosten reduziert werden sollten. Demnach hinge die Entscheidung allein davon ab, mit wem die Kreisverwaltung in den vergangenen Jahren Verträge abgeschlossen habe und deren Laufzeiten. Er glaube, dass mehrere bald auslaufen würden. Herr Dr. Zeschmann möchte klarstellen, dass seine Fraktion keine Brennpunkte schaffen wolle und er hoffe, dass weiterhin der Konsens bzgl. der Prioritäten bestehe, so wie in den letzten Jahren.

Frau Maack von der Fraktion SPD und B'90/Grüne beantragt das Ende der Debatte.

Herr Hilke lässt noch die Wortmeldungen zu, die davor angezeigt wurden.

Herr Aulich weist auch die Unterstellung von Herrn Schroeder zurück.

Herr Beier teilt mit, dass auch er damals gegen die beiden Bauvorhaben gestimmt habe.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag möge beschließen:

1. Nach der Realisierung der Erweiterungsbauten zur Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis Oder-Spree im Fuchsbau in Petersdorf und des

Hauses „Hoffnung“ in Fürstenwalde werden ab 2025 keine weiteren Aus- oder Zubauten mehr vorgenommen.

2. Die investiven Mittel sollen sodann an erster Stelle für die Sanierung und – wo erforderlich – den Neubau unserer weiterführenden Schulen und – wenn mittelfristig erforderlich – zur Sicherung und Stärkung des Kreiskrankenhauses Oder-Spree zur Verfügung gestellt werden.

### **mehrheitlich abgelehnt**

Ja 17 Nein 31 Enthaltung 5

## **Zu TOP 12 Anträge zur DLRG**

Der Vorsitzende teilt mit, dass zu diesem Thema zwei Anträge eingegangen seien. Der Antrag 19/AfD/2024 sei zuerst eingegangen und in den Fachausschüssen sowie im Kreisausschuss diskutiert worden. Noch vor dem Kreisausschuss wurde der Antrag inhaltlich angepasst, deswegen liege jetzt hier der Antrag 19/AfD/2024/1 vor.

Kurz vor dem Kreisausschuss sei der Antrag 28/Fünf Fraktionen/2024 eingereicht worden. Als Beratungsfolge wurde ausschließlich der heutige Kreistag angegeben. Dieser sei der inhaltlich weitergehende Antrag, da es noch einen Teil b) und c) gebe.

Herr Aulich bezieht Stellung indem er auch noch einmal auf die zeitliche Abfolge eingeht, seit dem Vertreter der DLRG im Kreistag am 09.07.2024 zu dem Thema gesprochen haben. Aus seiner Sicht sei der Antrag 28/Fünf Fraktionen/2024 kein eigenständiger Antrag, sondern er könne nur ein Ergänzungsantrag sein und er kritisiert, dass über diesen noch nicht im Kreisausschuss diskutiert werden konnte. Seine Fraktion würde den Antrag so übernehmen, weil er inhaltlich gleich sei.

Herr Papendieck berichtet von Gesprächen mit der DLRG, dem Bürgermeister der Stadt Fürstenwalde, Herrn Matthias Rudolph und dem Bildungsministerium. Dann geht er ausführlich auf den Antrag 28/Fünf Fraktionen/2024 ein und plädiert dafür diesem zuzustimmen. Er betont, dass dieser Antrag inhaltlich viel weitergehe.

Herr Dr. Zeschmann wiederholt, dass die AfD-Fraktion den Antrag der fünf Fraktionen inhaltlich vollständig übernehme und möchte, dass somit über den Antrag der AfD-Fraktion abgestimmt werde.

Herr Papendieck besteht auf eine Abstimmung über den Antrag 28/Fünf Fraktionen/2024.

Herr Dippe verweist auf § 20 Absatz 2 der Geschäftsordnung. Bei mehreren Anträgen zu dem gleichen Gegenstand werde über den weitest gehenden Antrag zuerst, über einen Gegenantrag oder einen Antrag auf Abänderung vor dem ursprünglichen Antrag abgestimmt. Er beantragt die Abstimmung über den Antrag 28/Fünf Fraktionen/2024.

Herr Dr. Zeschmann behauptet, dass es hier keinen weitergehenden Antrag gebe, weil zwei identische Anträge vorlägen. Er erinnert daran, dass der Antrag der AfD-Fraktion zuerst eingegangen sei und somit zuerst abzustimmen sei.

Frau Folgner von der Fraktion SPD und B'90/Grüne schließt sich Herrn Dippe an.

Herr Aulich kritisiert das Verhalten von Herrn Papendieck und beantragt die Abstimmung über den Antrag 19/AfD/2024/1, der die inhaltlichen Punkte des Antrages 28/Fünf Fraktionen/2024 enthalte, da die Fraktion AfD diese übernommen habe.

Herr Hilke möchte zunächst von der Verwaltung erfahren, was für eine Rolle die Wiederaufnahme des Schwimmunterrichts in den 10. Klassen im Haushalt spielt.

Der Landrat teilt mit, dass das auf jeden Fall Auswirkungen auf den Haushalt habe und er den Prüfauftrag mitnehme, um die Angelegenheit mit dem Fachamt klären zu können.

Der Vorsitzende verkündet, dass nun also zwei verschiedene Interpretationen zur Geschäftsordnung im Raum stünden.

Herr Schroeder schlägt vor, darüber abstimmen zu lassen, ob zunächst über der Antrag 28/Fünf Fraktionen/2024 abgestimmt werden solle.

Herr Hilke kommt dem nach, weil über Geschäftsordnungsanträge sofort abzustimmen sei.

### **23 Ja-Stimmen**

14 Nein-Stimmen

6 Enthaltungen

Es gibt einen Antrag auf Unterbrechung der Sitzung.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Sitzung in 10 Minuten fortgesetzt werde.

Danach bekommt Herr Diepold das Wort erteilt. Er kritisiert den bisherigen Diskussionsverlauf. Wenn beschlossen würde, dass nur über den Antrag 28/Fünf Fraktionen/2024 abgestimmt werde, dann werde die AfD-Fraktion trotzdem für den Antrag stimmen.

Herr Galla ergänzt, dass man sich in der Sache doch einig sei.

Herr Schaller von der CDU-Fraktion bittet nochmals um Klärung.

Herr Hilke teilt mit, dass nun über den Antrag 28/Fünf Fraktionen/2024 abgestimmt werde, so wie zuvor durch den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Schroeder beschlossen.

**mehrheitlich zugestimmt.**

*Es wird keine Auszählung gewünscht.*

**Zu TOP 12.1 Beratung und Beschlussfassung: Der DLRG langfristig Planungssicherheit und ein sicheres zu Hause in unserem Landkreis geben  
Vorlage: 19/AfD/2024/1**

***ohne Abstimmung***

**Zu TOP 12.2 Beratung und Beschlussfassung: Wasserrettung der DLRG und Schwimmunterricht in Fürstenwalde  
Vorlage: 28/Fünf Fraktionen/2024**

**Beschlussvorschlag:**

Der Landrat wird beauftragt:

a) Die Verhandlungen mit der Stadt Fürstenwalde über den Verkauf des Grundstücks Buggenhagener Straße 17 in Fürstenwalde/Spree zu beenden.

Stattdessen soll mit der DLRG ein Erbbaurechtsvertrag mit einer Laufzeit von 99 Jahren zu den günstigsten Konditionen geschlossen werden, um deren Gemeinnützigkeit zu unterstützen.

b) Einen jährlichen Bericht der DLRG einzufordern, in dem die Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Wasserrettung und die fortbestehende Gemeinnützigkeit nachgewiesen werden.

c) Den schulischen Schwimmunterricht in der Stadt Fürstenwalde wieder vollumfänglich zu fördern, damit Schülerinnen und Schüler bestmögliche Schwimmfähigkeiten erlernen können.

**zugestimmt**

**Zu TOP 13      Beratung und Beschlussfassung: Verpflichtung von Asylbewerbern zur  
Arbeitsaufnahme: Etablierung von Arbeitsgelegenheiten gemäß § 16d  
SGB II sowie § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Landkreis  
Oder-Spree  
Vorlage: 20/AfD/2024**

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Hilke erteilt Herrn Natusch von der AfD-Fraktion das Wort.

Der vorliegende Antrag sei nicht nur legitim, sondern auch sinnvoll sowie menschenwürdig, denn Arbeit adede. Sinnvolle Arbeit, die dem Gemeinwohl zu Gute komme, z. B. Reinigung der Asylbewerberunterkünfte, Grünflächenpflege, Straßenreinigung oder Tätigkeiten im Natur- oder Umweltschutzbereich; schaffe kollegiale Beziehungen, helfe bei der Integration und sei wichtig für das Selbstbewusstsein.

Herr Schroeder von der CDU-Fraktion erwidert daraufhin, dass der Kreistag sich bereits im Frühjahr 2024 einen ähnlich lautenden Antrag beschlossen habe und die Verwaltung bereits an der Umsetzung arbeite. Sie würde alle hauptamtlichen und ehrenamtlichen Bürgermeister kontaktieren, um zu erfahren, in welchen Gemeinden Hilfe benötigt würde. Damit seien seiner Meinung nach, Punkt 1. und 2. aus dem Antrag also bereits in der Umsetzung und Punkt 3. sei schon gesetzliche Grundlage. Er würde verhindern wollen, dass doppelt beschlossen würde. Er beantrage, Punkt 1. bis Punkt 3. zu streichen.

Herr Dr. Zeschmann von der AfD-Fraktion kritisiert, dass die Verabschiedung über ein halbes Jahr her und der damalige Antrag nicht weitreichend genug gewesen sei. Er verkündet stellvertretend für seine Fraktion, dass der vorliegende Antrag auf zwei Punkte reduziert werden solle, um nicht doppelt zu beschließen: Die Kreisverwaltung solle jetzt die Koordination übernehmen und bis zum 31.03.2025 sicherstellen, dass sie mit allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden gesprochen hat. Er stelle noch den Ergänzungsantrag, dass im Haushalt 2025 die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den damaligen Antrag der CDU und den nun vorliegenden Antrag der AfD, der nur präzisiere, weiter umsetzen zu können.

Herr Natusch schließt sich Herrn Dr. Zeschmann an.

Frau Wiedemann von der Fraktion Die Linke und Tierschutzpartei teilt mit, dass sie Integration durch Arbeit sehr befürworte. Am besten wäre eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt, aber hier gebe es für Geflüchtete leider sehr viele Hürden. Es gebe das Arbeitsverbot in den ersten Monaten, für diejenigen in einer Erstaufnahmeeinrichtung sogar bis zu 6 Monate und die Anerkennung von Berufsabschlüssen sei auch schwierig. Zudem gebe nicht genügend Sprachkurse bzw. hohe Anforderungen an die Sprachkenntnisse. Weiter gebe es auch auf der Arbeitgeberseite große Hürden. Dadurch seien viele Arbeitgeber unsicher, z. B. in Bezug auf den unsicheren Aufenthaltsstatus oder ob es sich lohne jemanden anzulernen dem möglicherweise eine Abschiebung drohe. Sie sei eher dafür, einen Abbau solcher Hürden zu fordern.

Der vorliegende Antrag ziele nur auf die Arbeitsmöglichkeiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ab, die aber so gefasst sein müssen, dass sie keine reguläre Arbeit ersetzen. Sie kritisiert, dass der Antrag auch aussage, dass diese Arbeitsmöglichkeiten gleichzeitig mit einem Arbeitszwang verbunden sein sollen.

Herr Natusch stellt klar, dass selbstverständlich von jedem Menschen, der körperlich und geistig dazu in der Lage sei, ein Arbeitszwang erwartet würde, denn auch die einfachste Arbeit adäquat und sei in einer Leistungsgesellschaft erforderlich. Es seien sowohl Geflüchtete als auch die deutsche Bevölkerung gemeint. Einfache Arbeit sei keine niedere Arbeit, sondern sie beflügelt letztendlich die Person und wirke positiv auf sie ein. Durch die Arbeit käme die Person nicht nur in den Zwang, sondern auch in die Notwendigkeit, etwas der Gesellschaft zurückzugeben.

Herr Hilke erteilt dem Landrat das Wort. Dieser betont, dass die Verwaltung den Beschluss, den der Kreistag in der letzten Wahlperiode gefasst habe, bereits umsetze, weswegen eine erneute Konzepterstellung nicht notwendig sei. Außerdem dürfe man die verschiedenen Personenkreise und Zuständigkeiten nicht durcheinanderbringen und man müsse aufpassen, dass man nicht

in Geschäftsfelder von Firmen eingreife und damit möglicherweise Arbeitsplätze an anderen Stellen gefährde.

Herr Dippe, Fraktion BVB/Freie Wähler, fragt zum Verständnis nach, ob die Verwaltung ein Konzept zu dem vorlegen soll, was bereits beschlossen wurde, innerhalb der im Antrag genannten Frist und dass der Kreistag im Haushalt die entsprechend notwendigen Mittel bereitstellen solle. Er möchte wissen, in welcher Höhe noch Gelder benötigt würden.

Herr Dr. Zeschmann stimmt Herrn Dippe zu und möchte ebenfalls von der Verwaltung eine Auskunft über die Höhe der gegebenenfalls noch benötigten Mittel.

Herr Hilke erteilt Frau Kaiser das Wort. Sie erklärt die verschiedenen Rechtskreise. Die Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz seien tatsächlich diejenigen, die bis zum Februar 2025 schon in den Einrichtungen verpflichtet wurden. Neu sei dieses Jahr hinzugekommen, dass auch nach extern, in Kommunen, die Möglichkeit geboten worden sei in Arbeit zu verpflichten, aber hier sei auch keine Rede von einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Das sei keine Arbeit am ersten Arbeitsmarkt. Was das Potenzial bzw. die Anzahl betreffe, könne man noch keine genaue Zahl benennen. Man habe bereits mit allen Amtsdirektoren und Bürgermeistern gesprochen und auch schon mit Maßnahmen begonnen. Diejenigen, die ganz konkrete Möglichkeiten gesehen hätten, hätten sich auch schon zurückgemeldet. Das betreffe Fürstenwalde, Beeskow, Eisenhüttenstadt, Amt Scharmützelsee und Rietz-Neuendorf. Das bisher einkalkulierte Geld sei, nach dem Stand jetzt, auch haushalterisch abgesichert. Alles das, was jetzt noch nicht beziffert werden kann, könne heute Abend natürlich auch nicht von der Verwaltung benannt werden.

Herr Hilke fasst den Antrag zusammen, so wie er ihn verstanden habe.

Herr Dippe ist der Meinung, dass die Verwaltung erst die Summe eruieren solle und man im nächsten Kreistag über den Antrag abstimme oder heute solle über jeden Punkt einzeln abgestimmt werden.

Herr Steffen wiederholt, dass nicht beschlossen werden müsse, dass die Verwaltung mit allen Kommunen Kontakt aufnehmen solle, wenn dies bereits geschehen sei. Man befinde sich in der Umsetzung der Maßnahmen. Die angesprochene Höhe der Gelder hänge von der Zahl der Gemeinden ab, die sich positiv zurückmelden werden. Das was bisher vereinbart worden sei, sei auch bereits abgebildet. Dennoch sei ein Haushalt kein starres Gebilde.

Wenn man an einen Punkt käme, bei dem man sich über eine weitere Finanzierung Gedanken machen müsse, gebe es verschiedene Möglichkeiten das z. B. über überplanmäßige Ausgaben, Deckungssummen o. Ä. abzubilden. Das sei ein ganz normales Verwaltungsgeschäft, was in vielen anderen Bereichen der Verwaltung auch so gehandhabt werde.

Herr Hilke fordert Herrn Aulich auf, den Beschlussvorschlag, unter Berücksichtigung der vorgenannten Punkte, einmal konkret zu formulieren.

Herr Aulich gibt diesen schriftlich beim Vorsitzenden ab. Er betont, wie wichtig es sei, dass der Landkreis die Federführung und Koordination übernehme.

Herr Hilke lässt nun über diesen Antrag abstimmen und verliest folgenden Beschlussvorschlag.

Es wird ausgezählt.

*21 Ja-Stimmen  
15 Nein-Stimmen  
9 Enthaltungen*

Die einfache Mehrheit ist erreicht und der Antrag damit angenommen.

#### **Beschlussvorschlag:**

*Der Landrat wird aufgefordert folgendes umzusetzen:*

1. **Arbeitsgelegenheiten gemäß § 5 Absatz 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)** für Leistungsberechtigte zu schaffen und bis zum 31.03.2025 ein Konzept zu erarbeiten, welches die Städte und Gemeinden des Landkreises Oder-Spree einbezieht. Das Konzept soll die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten bei staatlichen, kommunalen und gemeinnützigen Trägern fokussieren.
2. **Auf Grundlage von § 16d SGB II** ist ein Konzept für Arbeitsgelegenheiten für erwerbsfähige ausländische Leistungsberechtigte, insbesondere für anerkannte Asylbewerber, in enger Kooperation mit dem Jobcenter Oder-Spree, den Städten und Gemeinden des Landkreises sowie sozialen Trägern zu erarbeiten. Das Konzept soll dabei auch Tätigkeitsfelder definieren, in denen Arbeitsgelegenheiten sinnvoll eingerichtet werden können.
3. Bei **unbegründeter Ablehnung einer Arbeitsgelegenheit** durch die Leistungsberechtigten sind die bestehenden Möglichkeiten gemäß § 5 Abs. 4 Satz 2 AsylbLG zu nutzen und die Leistungen gemäß § 1a Absatz 1 AsylbLG zu kürzen. Die Kürzung erfolgt in Höhe der nach dem Gesetz zulässigen Sätze.
4. Der Kreistag Oder-Spree ist **fortlaufend über den Sachstand** der Konzepterarbeitung und über alle weiteren relevanten Belange zu informieren.

***mehrheitlich zugestimmt***  
*Ja 21 Nein 15 Enthaltung 9*

#### **Zu TOP 14      Beratung und Beschlussfassung: Einführung der Gelben Tonne Vorlage: 21/SPD und B´90/Grüne/2024**

Herr Vogelsänger von der Fraktion SPD und B´90/Grüne stellt den Antrag vor. Er kritisiert die Gelben Säcke. Auf das System der Gelben Tonne umzusteigen, so wie einige andere Landkreise derzeit auch, sei gut für die Umwelt und den Tierschutz.

Frau Muxel von der AfD-Fraktion beantragt die Verweisung in den nächsten KWU-Werksausschuss, denn es soll sichergestellt sein, dass der Bevölkerung keine Mehrkosten entstehen.

Herr Vogelsänger wendet kurz ein, dass das geforderte Konzept sowieso später in den Ausschüssen besprochen würde, im KWU-Werksausschuss; im Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt und im Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Er teilt den neuen Beschlussvorschlag mit. Der Landrat solle beauftragt werden, dem Kreistag im 1. Quartal 2025 ein Konzept zur Einführung der „Gelben Tonne“ vorzulegen.

Herr Hilke lässt über den Verweisungsantrag abstimmen.

19 Ja-Stimmen  
22 Nein-Stimmen

Herr Natusch zeigt Nachteile für die Einführung der Gelben Tonne auf, wie z. B. den Mehraufwand für das Personal.

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

#### **mehrheitlich zugestimmt**

*Es wird keine Auszählung gewünscht.*

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag möge beschließen:

1. Im Landkreis Oder-Spree wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt die „Gelbe Tonne“ eingeführt.
2. Im ersten Quartal 2025 wird dem Kreistag „Oder-Spree“ ein entsprechendes Konzept vorgelegt.

#### **zugestimmt**

**Zu TOP 15      Beratung und Beschlussfassung: Antrag auf Wiederholung Losentscheid**  
**Vorlage: 23/FDP/BJA/BVFO/2024**

Herr Losensky erklärt kurz die Hintergründe zum Antrag. Zwischen den Fraktionen FDP/BJA/BVFO und Die Linke/Tierschutzpartei hätte es bei konstituierender Sitzung des Kreistages am 09.07.2024 auf der Grundlage des Kommunalwahlergebnisses eigentlich zu einem Losentscheid über die Besetzung im Verwaltungsrat der Sparkasse Oder-Spree, im KWU-Werksausschuss und in der Zweckverbandsversammlung Abfallbehandlung Nuthe-Spree kommen müssen. Es habe aber eine einvernehmliche Einigung ohne Losentscheid gegeben, nämlich sollte die Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei den Sitz im KWU-Werksausschuss erhalten und die Fraktion FDP/BJA/BVFO den Sitz im Verwaltungsrat der Sparkasse. Zur Besetzung der Zweckverbandsversammlung Nuthe-Spree kam es planmäßig zur Losziehung und der Sitz ging an die Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei. Durch die geänderte Besetzung des Verwaltungsrates der Sparkasse Oder-Spree zum Kreistag am 09.10.2024 sei der Platz entfallen, ebenso die Grundlage für die Einigung im Sommer. Eine erneute Einigung zwischen den beiden Fraktionen scheiterte, daher bittet Herr Losensky um Zustimmung.

Herr Wende spricht sich gegen den Antrag aus.

Herr Hilke verkündet, dass zunächst über die Wiederholung des Losentscheids beim KWU-Werksausschuss abgestimmt werde und hier die einfache Mehrheit ausreichend sei.

### **mehrheitlich zugestimmt**

*Es wird keine Auszählung gewünscht.*

Es kommt zur Losziehung zwischen den Fraktionen FDP/B-J-A/BVFO und Die Linke / Tierschutzpartei. Herr Hilke überprüft die Lose. Gemäß § 22 Absatz 7 Geschäftsordnung des Kreistages zieht der Kreistagsvorsitzende das Los. Gezogen wurde die Fraktion Die Linke / Tierschutzpartei und behält somit ihren Sitz im KWU-Werksausschuss.

Herr Hilke teilt mit, dass nun über die Wiederholung des Losentscheids in der Zweckverbandsversammlung Abfallbehandlung Nuthe-Spree abgestimmt werde und hier aber die gesetzliche Mehrheit notwendig sei.

Er verkündet, dass über **30 Ja-Stimmen** vorliegen, eine konkrete Auszählung wird nicht verlangt.

Bei diesem Losentscheid wird erneut die Fraktion Die Linke / Tierschutzpartei gezogen. Diese behält somit auch ihren Sitz in der Zweckverbandsversammlung Abfallbehandlung Nuthe-Spree.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag Oder-Spree möge beschließen, dass das Losverfahren zwischen den Fraktionen Die Linke/Tierschutzpartei und FDP/BJA/BVFO zur Besetzung der Sitze im KWU-Werksausschuss und der Zweckverbandsversammlung Nuthe-Spree wiederholt wird.

### **zugestimmt**

**Zu TOP 16      Beratung und Beschlussfassung: Antrag zur Senkung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2025 auf 33 %  
Vorlage: 24/BVB/Freie Wähler/2024**

Herr Wernicke, von der einreichenden Fraktion BVB/Freie Wähler, geht auf den vorliegenden Antrag ein und nimmt Bezug zum TOP 9.

Herr Dr. Zeschmann äußert sich. Er sehe die Schwierigkeit der angesprochenen Lage und könne sich in beide Seiten hineinversetzen. Er plädiert aber dafür, dem Antrag nicht zuzustimmen, weil die Umsetzung der lange geplanten Bauvorhaben zu den Schulen im Landkreis nicht gefährdet werden dürfe.

Herr Hilke weist kurz – abseits vom Thema – dringend daraufhin, dass die Aufzeichnung des Livestreams nicht gestattet ist.

Frau Sellin, Fraktionsvorsitzende der BVB/Freie Wähler, spricht sich auch für den Antrag aus und trägt die darin enthaltene Begründung vor, wie dem erhöhten Defizit im Kreishaushalt, der entstehen würde, entgegengewirkt werden könnte.

Frau Laue kritisiert ausführlich eben jene Begründung von Frau Sellin.

Herr Dr. Zeschmann geht ebenfalls auf die Ausführungen von Frau Sellin ein und übt ebenfalls Kritik.

Herr Wernicke weist die Kritik von Frau Laue von sich und betont, dass seine Fraktion BVB/Freie Wähler für die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs sei, aber auch für gleiche Bedingungen im gesamten Landkreis.

Auch Herr Wende kritisiert den Antrag.

Herr Bradtke beantragt die Abstimmung.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

**mehrheitlich abgelehnt**

*Ja 7*

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree möge beschließen, die Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2025 auf 33 % und damit um 3,0-Prozentpunkte niedriger als die ursprünglich für das kommende Jahr geplante Höhe festzulegen. Die durch diesen Beschluss ausbleibenden Einnahmen des Kreises i.H.v. rd. 9 Mio. € sollen durch geeignete Maßnahmen zur Einsparung bei freiwilligen Aufgaben und aus Entnahmen der Rücklage kompensiert werden.

**mehrheitlich abgelehnt**

*Ja 7*

**Zu TOP 16.1 Abstimmung über Fortsetzungssitzung am 09.12.2024 wieder um 17:30 Uhr im Atrium des Landratsamtes in Beeskow**

Herr Hilke hält fest, dass es 21:33 Uhr ist und man mit der Tagesordnung heute leider nicht mehr fertig werden könne.

Herr Dr. Zeschmann beantragt, dass die Sitzung noch um eine halbe Stunde im öffentlichen Teil verlängert werde.

Gemäß § 25 Absatz 1 der Geschäftsordnung können einzelne Bestimmungen der Geschäftsordnung, für die Dauer einer Sitzung durch einen einstimmigen Beschluss außer Anwendung gesetzt werden, soweit sie nicht gesetzlich oder in der Hauptsatzung verankert sind.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen.

**mehrheitlich abgelehnt**

*Es wird keine Auszählung gewünscht.*

Herr Hilke informiert, dass nun noch eine Abstimmung über den Termin der Fortsetzungssitzung notwendig sei und schlägt den 10.12.2024 vor. Zudem warnt er vor einem späteren Termin, weil sonst die Gefahr bestehe, dass die Kreistagsbeschlüsse nicht mehr rechtzeitig dieses Jahr im Amtsblatt veröffentlicht werden könnten.

Es werden auch der 09.12.2024 und der 06.12.2024 vorgeschlagen.

Herr Schroeder schlägt vor, noch heute den TOP zur Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan zu beschließen.

Herr Hilke lässt auch darüber abstimmen.

**mehrheitlich abgelehnt**

*Es wird keine Auszählung gewünscht.*

Es folgt eine kurze Pause. Die Fraktionen beraten sich bezüglich der Fortsetzungstermine.

Danach verkündet der Vorsitzende, dass sich 4 von 6 Fraktionen für den Termin am 09.12.2024 um 17:30 Uhr wieder hier im Atrium des Landratsamtes, Haus B, Breitscheidstraße 7 in 15848 Beeskow ausgesprochen hätten.

Um Abstimmung wird gebeten.

**mehrheitlich zugestimmt**

*Es wird keine Auszählung gewünscht.*

Herr Hilke bedankt sich bei allen Anwesenden und wünscht einen guten Heimweg.

**mehrheitlich zugestimmt**

Rolf Hilke  
Vorsitzender des Kreistages

Annalisa Campisano  
Schriftführerin

## Niederschrift zur Fortsetzungssitzung

der 3. Sitzung des Kreistages vom 04.12.2024

**am Montag, dem 09.12.2024, 17:30 Uhr,**

im Atrium des Landratsamtes, Haus B, Breitscheidstraße 7 in 15848 Beeskow

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr

Sitzungsende: 21:30 Uhr

Es waren anwesend: siehe **Anlage 2**

---

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Rolf Hilke, eröffnet die Fortsetzung der 3. Sitzung des Kreistages und begrüßt alle Anwesenden.

Vor Beginn weist er auf darauf hin, dass man eine beschlossene Tagesordnung habe, nach der erst einmal verfahren werde. Sollte sich im weiteren Verlauf des Abends herausstellen, die Sitzung nicht pünktlich beenden zu können, habe die Verwaltung Tagesordnungspunkte genannt, welche in dieser Sitzung noch zwingend abzustimmen wären. In diesem Fall müsse man die Tagesordnung noch einmal entsprechend anpassen. Alle Weiteren Punkte könne man auf die nächste Sitzung des Kreistages 2025 verschieben, unter anderem die Zuständigkeitsordnung, die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung.

Als nächstes spricht er ein vom Fraktionsvorsitzenden der Fraktion SPD und B´90/Grüne erhaltenes Schreiben an, worin die Rede von Herrn Natusch zum AfD-Antrag zu dem Thema „Verpflichtung von Asylbewerbern zur Arbeitsaufnahme“ kritisiert werde, insbesondere die Äußerung „Arbeit adelt“, die möglicherweise strafrechtlich relevant wäre. Über eine geforderte Wiederholung der Abstimmung und ein Ausschluss von Herrn Natusch habe man sich vor dieser Kreistagssitzung im Präsidium mit Unterstützung vom Rechtsamt beraten, mit dem Ergebnis, dass über diesen abgeschlossenen Punkt nicht nachträglich neu verhandelt werden könne. Für einen Ausschluss aus einer Kreistagssitzung müsse derjenige in der laufenden Sitzung zweimal gerügt werden, bevor dieser beim dritten Mal ausgeschlossen werden könne. Da das nicht erfolgt sei, könne ein Ausschluss nicht erfolgen.

Der Vorsitzende spricht an alle Teilnehmer eine Mahnung aus, zukünftig auf ihre Wortwahl zu achten und Grenzbereiche nicht auszuloten.

Nunmehr weist er darauf hin, dass man eine dritte Kamera im Livestream habe, die den Bereich zwischen den beiden Sitzreihen beleuchte.

Bevor mit der Sitzung fortgefahren wird, stellt Herr Hilke die Beschlussfähigkeit fest.

**Zu TOP 17      Beratung und Beschlussfassung: Richtlinie zur Förderung des ambulanten Weiterbildungsabschnittes in der Allgemeinmedizin im Rahmen des Kompetenzweiterbildungsnetzwerkes des Landkreis Oder-Spree  
Vorlage: 25/SPD und B´90/Grüne/2024/1**

Herr Hilke erteilt Frau Folgner das Wort.

Sie erläutert die Einbringung des Antrages und die Wichtigkeit der Sicherstellung einer guten medizinischen Versorgung, insbesondere in den ländlichen Regionen.

Sie bittet, der Beantragung für eine Erhöhung um zwei weitere Plätze in der Richtlinie zur Förderung des ambulanten Weiterbildungsabschnittes für Mediziner zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung des Antrages.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

**Beschlussvorschlag:**

1. §1 Änderung von 3 Stellen auf 5 Stellen.
2. Die Fördersummen werden angepasst.

**zugestimmt**

**Zu TOP 18      Beratung und Beschlussfassung: Anpassung der Richtlinie über die  
Gewährung einer Studienbeihilfe für Medizinstudenten im Landkreis  
Oder-Spree  
Vorlage: 26/SPD und B´90/Grüne/2024**

Herr Papendieck führt aus, dass man 2019 diese Richtlinie mit monatlich 550 Euro auf den Weg gebracht, diese aber niemand genutzt habe, da das Land Brandenburg gleichzeitig ein Stipendium in Höhe von monatlich 1.000 Euro angeboten hat.  
Vorschlag der Fraktion sei, die Reduzierung der geförderten Medizinstudenten von zehn auf fünf bei gleichzeitiger Verdopplung der Fördersummen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung des Antrages.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

**Beschlussvorschlag:**

1. §1 Änderung von 10 auf 5 Medizinstudenten.
2. §3 Änderung von 550 € monatlich auf 1.100 € monatlich.

**zugestimmt**

**Zu TOP 19      Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf 2025 - Finanzielle Absiche-  
rung der Vorhaben Gymnasium Schöneiche und Gesamtschule Erkner  
Vorlage: 27/SPD und B´90/Grüne/2024/2**

Frau Kampermann nennt die Beweggründe für die Entstehung des Antrages, der mit Änderungen aus dem Kreisausschuss an den Kreistag verwiesen wurde. Sie geht insbesondere auf den neuen Punkt drei ein und erklärt den Vorschlag einer Gründungskommission. Diese solle den Zeitraum bis zur Entstehung einer Schulkonferenz überbrücken. Somit werde Schülern, Eltern und Bildungsexperten Gelegenheit gegeben, bei der Gestaltung der Schule und inhaltlichen Ausrichtung mitzuwirken.

Herr Dr. Zeschmann äußert sich zur Sinnlosigkeit dieses Antrages, weil er haushälterisch nichts fixieren würde. Daher werde seine Fraktion diesen Antrag ablehnen, weil er überflüssig sei.

Herr Losensky und seine Fraktion halten es nicht für zielführend, eine Gründungskommission, wie im Punkt 3 des Antrages vorgeschlagen, zu initiieren, die bei der Vorbereitung und Bau- durchführung auf Mitspracherecht bestehe.

Herr Wende widerspricht seine Vorredner und erklärt die Wichtigkeit der im Punkt 3 geforderten Kommission und hofft auf eine Mehrheit zur Zustimmung.

Frau Sellin berichtet vom letzten Bildungsausschuss in der Gemeinde Schöneiche, wo es als großes Plus angesprochen wurde, Schülern und Eltern die Möglichkeit zu geben, bei der Planung mitzuentcheiden. Deswegen stelle sich die Frage, ob es sinnvoll wäre, das zu beschließen, wenn es sowieso geplant ist.

Daher werde die Fraktion BVB/Freie Wähler diesen Antrag nicht zustimmen, weil er überflüssig sei.

Frau Kampermann ergreift noch einmal das Wort und betont, dass man mit diesem Antrag den Neubau nicht noch einmal nach hinten verschieben wolle, sondern den Zeitraum von fünf Jahren, wo es keinerlei Beteiligung für die Eltern gebe, eine Beteiligungsform zu schaffen.

Herrn Buhrke wird das Wort erteilt. Er berichtet über den aktuellen Stand, der Genehmigung über die Fortschreibung des Teilschulentwicklungsplanes und dem Errichtungsbeschluss.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung des Antrages.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Kämmerer sichert zu, dass die notwendigen Mittel für die Planung der Schulen in Schöneiche (Gymnasium) und Erkner (Gesamtschule) zur Verfügung gestellt werden.

2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt nach dem Modell der weiteren bedeutenden Schulinvestitionen zeitnah einen Projektplan für die Vorhaben Gymnasium Schöneiche und Gesamtschule Erkner vorzulegen.

3. Der Landrat wird beauftragt, eine Gründungskommission für die Schulneugründung des Gymnasiums in Schöneiche zu initiieren, welche den Landkreis bei der baulichen und inhaltlichen Planung beratend unterstützt. In dieser Kommission sind sowohl Bildungsexpert\*innen als auch Schüler\*innen und Schöneicher Elternvertreter\*innen zu beteiligen. Die Ergebnisse der Beratungen sind dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport vorzulegen.

### ***mehrheitlich abgelehnt***

*Ja 13 Nein 20*

**Zu TOP 20 Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung - Vorlage: 081/2024**

Eine Aussprache wird nicht festgestellt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Zweite Änderungssatzung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen – Benutzungsgebührensatzung – vom 04.12.2024 (Anlage 1).

**zugestimmt**

**Zu TOP 21      Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung -  
Vorlage: 082/2024**

Eine Aussprache wird nicht festgestellt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Zweite Änderungssatzung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung – Abfallgebührensatzung – vom 04.12.2024 (Anlage 1).

**zugestimmt**

**Zu TOP 22      Beratung und Beschlussfassung: Zweite Satzung zur Änderung der  
Verbandssatzung des Zweckverbandes für die Sparkasse Oder-Spree  
Vorlage: 091/2024**

Herr Hilke merkt an, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) am 07.11.2024 zu diesem Tagesordnungspunkt bereits einstimmig zugestimmt habe.

Eine Aussprache wird nicht festgestellt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Zweite Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes für die Sparkasse Oder-Spree.

**zugestimmt**

**Zu TOP 23      Beratung und Beschlussfassung: Satzung für das Jugendamt des  
Landkreises Oder-Spree  
Vorlage: 085/2024**

Aussprachen werden nicht festgestellt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Satzung für das Jugendamt des Landkreises Oder-Spree. Gleichzeitig tritt die Satzung des Jugendamtes vom 13.12.1994 in der Fassung vom 15.02.2018 außer Kraft.

*zugestimmt*

**Zu TOP 24      Beratung und Beschlussfassung: Kinderschutzmonitoring des Jugendamtes des Landkreises Oder-Spree - Jährliches Monitoring zu Entwicklungen und Tendenzen der Meldungen und der tatsächlich festgestellten Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Oder-Spree - Berichtszeitraum 2023  
Vorlage: 086/2024**

Herr Wende wirbt für die Unterstützung, im Rahmen des Jugendhilfeausschusses, Kinder und Jugendliche durch Vertreterinnen und Vertreter junger Menschen deutlicher in die Debatten und Arbeitsprozesse mit einzubeziehen. Zahlen werden ausgewertet und fließen in die Arbeit des Kinderschutzberichtes ein, der auch im Maßnahmenkatalog enthalten ist. Dieser werde alle fünf Jahre neu evaluiert und beschlossen, in Zusammenarbeit mit den Fachkräften der freien Träger.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt das "Kinderschutzmonitoring 2023" als Fortschreibung der Kinderschutzberichterstattung im Landkreis Oder-Spree.

*zugestimmt*

**Zu TOP 25      Beratung und Beschlussfassung: Rettungsdienstgebührensatzung 2025  
Vorlage: 098/2024**

Eine Aussprache wird nicht festgestellt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die anliegende Gebührensatzung für den Rettungsdienst 2025 (siehe Anlage 1).

*zugestimmt*

**Zu TOP 26      Beratung und Beschlussfassung: Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025  
Vorlage: 083/2024**

Herr Papendieck ergreift das Wort, spricht von einem Haushalt mit mehreren Besonderheiten und lässt ein paar Sachen Revue passieren.

Er merkt weiter an, dass der Investitionsbereich enorm gestiegen sei, annähernd um 300 Prozent, von damals 10 Millionen auf jetzt 40 Millionen im Kreishaushalt für 2025. Nachfolgend geht er kurz auf zukünftige Investitionen ein und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zu dieser Beschlussvorlage.

Herr Dr. Zeschmann teilt nicht die Meinung seines Vorredners und ist der Ansicht, dass es eine Deindustrialisierung der Wirtschaft gebe, eine Abwanderung und ein Insolvenzgeschehen, was weiter angestiegen sei. Er berichtet, dass unter diesen Umständen keine Unternehmen in Deutschland mehr investieren wollen. Ursachen hierfür nennt er explodierende Energiepreise, absurd wachsende Bürokratie, die Abschaffung grundlastfähiger Kraftwerke etc.. Steuereinnahmen würden dadurch einbrechen. Zukünftig würde sich das auch auf den Kreishaushalt durchschlagen. Deshalb solle man darauf achten, die beschlossenen Prioritäten wirklich umzusetzen und ein ausgewogenes und faires Miteinander zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Städten zu finden. Da dies in diesem Haushalt nicht in allen Punkten so richtig gut abgebildet sei, werde sich die Fraktion AfD enthalten.

Herr Wende äußert sich zu Beginn seiner Haushaltsrede im Namen seiner Fraktion Die Linke/Tierschutzpartei zustimmend zum Entwurf des Haushaltes. Er stelle eine solide Grundlage dar, um den Landkreis Oder-Spree für seine Einwohnerinnen und Einwohner gut zu gestalten. Als Fraktion verstehe er diesen Haushalt als Einladung zum Dialog, die gerne angenommen werde.

Herr Vogelsänger bekräftigt den gut aufgestellten Haushalt und äußert sich zustimmend.

Frau Sellin sagt die Unterstützung der Fraktion BVB/Freie Wähler zu, frühzeitig eine vernünftige, solide und tragfähige Finanzplanung zu treffen. Grundlage hierfür sei allerdings eine umfassende, vollständige und rechtzeitig zur Verfügung gestellte Datenlage, was man so nicht vorfinde. Verlässliche Prognosen und hierauf basierende, verantwortungsbewusste Entscheidungen können nur so getroffen werden. Diese Basis sei aus Sicht der Fraktion aktuell nicht gegeben.

Herr Losensky von der Fraktion FDP/B-J-A/BVFO knüpft an die Worte von Herrn Dr. Zeschmann an und äußert die gleichen Befürchtungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation. Als Unternehmer müsse man sehr wohl überlegen, ob und in welcher Größenordnung investiert werde. Er gibt ein kurzes Statement bezogen auf den Investitionshaushalt und erklärt auch die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem Haushaltsplan.

Herr Buhrke informiert, dass aufgrund von zwei Kreistagssitzungen für den Haushalt die Änderungen von der ersten Sitzung schon eingearbeitet wurden. Durch den Beschluss zur Anhebung des Kreisstrukturfonds und der Kosten für den Denkmalschutz sei das Defizit erhöht worden.

Herr Haberkorn von der AfD-Fraktion ruft mit seinen Worten zur Sparsamkeit auf. Er plädiere dafür, den Kreisstrukturfonds zu streichen und den Hebesatz für die Gemeinden zu senken. Er werde dem Entwurf nicht zustimmen.

Herr Dippe beantragt, beide Punkte getrennt voneinander abzustimmen.

**mehrheitlich zugestimmt**

Ja 22 Nein 17

Der Vorsitzende bittet nun um Abstimmung zum

Punkt 1 der Vorlage:

**mehrheitlich zugestimmt**

Ja 24 Nein 9 Enthaltung 10

Punkt 2 der Vorlage:

**mehrheitlich zugestimmt**

Auszählung wird nicht gewünscht.

**Beschlussvorschlag:**

1. - Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2025.
  - Er bestätigt die von der Verwaltung vorgenommene Einschätzung zur Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden des Landkreises Oder-Spree.
  - Der Landrat berichtet per 30.09.2025 und 31.12.2025 über die Erfüllung des Haushaltsplanes 2025.
  
2. - Der Kreistag beschließt den Wirtschaftsplan des „Kommunalen Wirtschaftsunternehmens Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2025.

**zugestimmt**

**Zu TOP 27 Beratung und Beschlussfassung: Richtlinie zur Förderung der Verbände und Beiräte für Senioren und Menschen mit Behinderung**  
**Vorlage: 025/2024/1/NEU/NEU**

Herr Dippe nutzt den Tagesordnungspunkt und erklärt, wie bedeutend die über diese Richtlinie geförderten Beiräte sind.

Nach seiner Kenntnis erhalten diese Mitglieder eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von dreizehn Euro.

Er beantragt eine Ergänzung des Beschlussvorschlages für die Zahlung einer monatlichen Aufwandsentschädigung in Höhe von 30 Euro.

Herrn Hilkes Einwand, man müsse hierfür erst die Entschädigungssatzung ändern, widerspricht Herr Dippe.

Der Landrat schlägt vor, diesen Änderungsantrag in den zuständigen Fachausschuss zur Beratung zu überweisen.

Herr Dippe fordert, den gesamten Tagesordnungspunkt in die Fachausschüsse zu überweisen.

Herr Hilke widerspricht, weil der Antrag sich auf einen Punkt beziehe, der bisher nicht besprochen werden konnte, insofern ist über den Verweisungsantrag zuerst abzustimmen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung für die Überweisung in den Fachausschuss.

**mehrheitlich zugestimmt**

Ja 32

Der Vorsitzende lässt nunmehr über die Richtlinie abstimmen.

**mehrheitlich zugestimmt**

Auszählung wird nicht gewünscht.

## **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die „Richtlinie zur Förderung der Verbände und Beiräte für Senioren und Menschen mit Behinderung im Landkreis Oder-Spree.“

### ***zugestimmt***

**Zu TOP 28      Beratung und Beschlussfassung: Streichung der Höchstfördersummen aus den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung ambulanter sozialer Dienste und über die Gewährung von Zuwendungen im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe - Fachförderrichtlinie Gesundheitsamt - im Landkreis Oder-Spree  
Vorlage: 090/2024**

Herr Dr. Zeschmann stellt nach den umfangreichen Diskussionen in den Fachausschüssen den Änderungsantrag, die Erhöhung der Höchstförderung entsprechend dem Durchschnitt der gestiegenen Kosten für 2025 und Folgejahre entsprechend der Inflationsentwicklung aufzunehmen und nicht in Gänze die Deckelung der Höchstförderung vollständig aufzuheben. Er bittet um Unterstützung dieser Änderung.

Herr Buhrke bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Dr. Zeschmann und könne diese gut nachvollziehen. Er bittet aber zu beachten, dass es bei manchen Einrichtungen spezielle Landesförderungen gebe, die nicht anders verteilt werden können.

Herr Hilke fasst zusammen, dass die Einschränkung von Herrn Buhrke in den Änderungsantrag übernommen werden solle. Bei vorliegender Landesförderung könne sie auch an die entsprechende Einrichtung ausgekehrt werden.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung des Änderungsantrages mit folgendem Wortlaut:

Der Kreistag beschließt die Finanzierungshöhe in den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung ambulanter sozialer Dienste im Landkreis Oder-Spree und über die Gewährung von Zuwendungen im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe – Fachförderrichtlinie Gesundheitsamt – im Landkreis Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2025 an die Inflationsrate anzupassen und soweit Landesförderung zur Verfügung steht, über die bisherigen Höchstfördersummen bis zur Förderhöchstsumme hinauszugehen.

### ***mehrheitlich zugestimmt***

Ja 23    Nein 13

Herr Hilke: „Somit ist der Antrag mit Änderungsantrag angenommen.“

## **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Begrenzung der Finanzierungshöhe in den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung ambulanter sozialer Dienste im Landkreis Oder-Spree und über die Gewährung von Zuwendungen im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe - Fachförderrichtlinie Gesundheitsamt - im Landkreis Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2025 auszusetzen.

### ***zugestimmt***

Ja 23    Nein 13

**Zu TOP 29      Beratung und Beschlussfassung: Weiterentwicklung von Sozialarbeit an Schulen im Landkreis Oder-Spree - Fortschreibung der Richtlinien über die Förderung von Personalkosten für sozialpädagogische Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Oder-Spree  
Vorlage: 087/2024**

Eine Aussprache wird nicht festgestellt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag beschließt die geänderte Fassung der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Personalkosten von sozialpädagogischen Fachkräften in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit im Landkreis Oder-Spree“.
2. Der Kreistag beschließt die geänderte Fassung der „Richtlinie zur Förderung von Angeboten für Kinder im Grundschulalter und ihre Eltern gemäß § 13a i.V.m. § 16 SGB VIII im Landkreis Oder-Spree“.

***zugestimmt***

**Zu TOP 30      Beratung und Beschlussfassung: Bestellung eines Prüfers des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Oder-Spree  
Vorlage: 097/2024**

Eine Aussprache wird nicht festgestellt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree stimmt der Bestellung von Frau Anne Wollank als Prüferin des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes zu.

***zugestimmt***

**Zu TOP 31      Beratung und Beschlussfassung: Festsetzung des Wasserschutzgebietes Beeskow  
Vorlage: 084/2024**

Erläuterungsbedarf wird nicht erbeten.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Beeskow und beauftragt den Landrat, die Verordnung zu unterzeichnen und zu veröffentlichen.

Gleichzeitig wird das mit Beschluss Nummer 09/36/85 vom 21. August 1985 des Rates des Kreises Beeskow festgesetzte Trinkwasserschutzgebiet Beeskow außer Kraft gesetzt.

**zugestimmt**

**Zu TOP 32      Beratung und Beschlussfassung: ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2025  
Vorlage: 092/2024**

Herr Dippe möchte wissen, weshalb der DALLI hier noch einmal eine gesonderte Förderung bekommen solle. Er beantragt, diese Mittel bis auf Weiteres zu sperren, bis dem Kreistag das weitere Konzept bekannt gemacht werde.

Herr Buhrke führt dazu aus, dass das Projekt DALLI auf Elektromobilität basierend ausgeschrieben worden sei, um günstig zu sein. Man habe aber festgestellt, dass man manche Fahrten ohne entsprechende Erweiterungen nicht durchführen könne. Es sei demzufolge eine Investition in die Reichweite der Fahrzeuge. Die Gelder nehme man aus der Landesförderung, die folglich investiv zu verwenden sind.

Herr Dr. Zeschmann zeigt sich erstaunt über die Vermengung des DALLI-Busses mit den üblichen Anträgen der Kommunen zur ergänzenden Ausstattung der ÖPNV-Haltestellen und anderer Dinge. Wie jedes Jahr gehe es hier um den ÖPNV-Investitionsplan, zu dem Städte und Gemeinden Anträge stellen können. Es gehe hier nicht um die Vertragsverlängerungen zum dem DALLI-Bus.

Herr Schapke pflichtet Herrn Dr. Zeschmann bei, dass man diese Vermengung so nicht angehen sollte. Da es sich aber bei dieser Förderung zum DALLI dennoch um eine Investition handle und Geld fließe, solle man zu Recht dies hinterfragen. Er rät die Verwaltung, einzelne Anträge kritischer zu hinterfragen und sich technisch zu informieren. Eine Sperrung der Mittel finde er sinnvoll.

Herr Hilke wiederholt den Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler, der lautet, den ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2025 mit folgender Ausnahme zu beschließen:

Der Beitrag in Höhe von 61.262,50 Euro für die MWM-Solutions GmbH (DALLI) für den Verbau von Wasserstoff-Range-Extendern ist herauszunehmen.

Der Vorsitzende bittet hierüber um Abstimmung.

*mehrheitlich zugestimmt*

Ja 19    Nein 16    Enthaltung 10

Der Vorsitzende bittet jetzt um Abstimmung über die verbliebene Vorlage.

**mehrheitlich zugestimmt**

Auszählung wird nicht gewünscht.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt entsprechend der *Richtlinie des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des kommunalen ÖPNV* vom 8. Dezember 2021 den ÖPNV-Investitionsplan des Landkreises Oder-Spree für das Jahr 2025 und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

**zugestimmt**

**Zu TOP 33      Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des Neubaus eines Radweges im Tesla-Umfeld RW 05.1 Bahnhof Fangschleuse neu – Gottesbrück**  
**Vorlage: 096/2024**

Frau Muxel bringt ihren Unmut darüber zum Ausdruck, dass die Gemeinde Grünheide für den Neubau eines Radweges auf nur einer Länge von ca. 1 km das Waldflurstück erwerben solle. Über einen Grunderwerb sei in der Gemeinde nichts bekannt. Sie berichtet von der gefährlichen Situation in Grünheide, wo eine weiße Markierung auf der viel befahrenen Straße ein Fahrradweg darstellen solle. Sie bittet, den Beschlussvorschlag von der Tagesordnung zu nehmen.

Der Landrat geht kurz darauf ein und hebt hervor, dass es sich um ein Gemeinschaftsprojekt handele, man eine Förderung von 80 Prozent beantragen möchte und man aus kommunaler Sicht sich verpflichtet fühlen müsse, im Umfeld eines solchen Industriegebietes eine entsprechende Infrastruktur zu schaffen.

Die anderen angesprochenen kommunalpolitischen Probleme könne man angesichts der hohen Steuereinnahmen zukünftig leichter lösen.

Herr Papendieck gibt in der Sache Frau Muxel Recht, dass der Kreistag der Gemeinde nicht vorschreiben könne, was sie zu machen habe. Er verteidigt dennoch das Vorhaben, da es sich um den Weg zum neuen Bahnhof handele.

Herr Vogelsänger stellt klar, dass der Bahnhof Fangschleuse nicht der Tesla-Bahnhof sei, sondern ein Verkehrsangebot für Grünheide und Umgebung.

Frau Sellin hinterfragt, ob die Förderung auch später beantragt werden könne. Sollte das möglich sein, vertrete sie die Meinung, dass erst einmal mit der Gemeinde Grünheide gesprochen werden solle.

Der Landrat ergänzt seinen Wortbeitrag, dass es sich bei Signalisieren von Zustimmungen, wie in der Sachdarstellung aufgeführt, um einen ganz normalen Vorgang in Planungsvorhaben handele. Welche Auffassung die Gemeinde Grünheide vertrete, könne er derzeit nicht sagen. Das Vorgetragene sei lediglich die Auffassung von Frau Muxel. Er spricht sich dafür aus, diesen Grundsatzbeschluss zu fassen und das Verfahren nicht durch weitere Beratungen zu verzögern.

Herr Buhrke beantwortet die noch offene Frage von Frau Sellin hinsichtlich einer späteren Beantragung der Förderung. Er erinnert, dass es keinen Anspruch auf Förderung gebe. Fazit wäre, dass all das, was nicht mit Förderung gebaut werden könne, eine weitere Belastung des Haushaltes.

Herr Schüler beantragt im Namen seiner Fraktion, die Verweisung in die Ausschüsse.

Herr Papendieck beantragt für seine Fraktion die namentliche Abstimmung für die Verweisung. **(Anlage 8)**

**mehrheitlich abgelehnt**

Ja 20    Nein 22    Enthaltung 2

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage.

Frau Muxel beantragt die namentliche Abstimmung. **(Anlage 9)**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung und Vorbereitung des Neubaus eines Radweges im Tesla-Umfeld RW 05.1 Bahnhof Fangschleuse neu – Gottesbrück auf einer Länge von ca. 1.003 m.

**mehrheitlich zugestimmt**  
*Ja 19 Nein 15 Enthaltung 9*

**Zu TOP 34      Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zum Neubau eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6740, Abschnitt 010, 2. BA OA Demnitz - L 38**  
**Vorlage: 095/2024**

Aussprachebedarf wird nicht festgestellt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Vorbereitung und der baulichen Realisierung des Neubaus des straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6740 Abschnitt 010 von Demnitz zur L 38 auf einer Länge von ca. 1.110 m.

**zugestimmt**

**Zu TOP 35      Beschlussfassung: Eilentscheidung nach § 58 der Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf) zur Sicherung der Finanzierung der Ausstattung der Katastrophenschutz-Leuchttürme (KatS-Lt)**  
**Vorlage: 099/2024**

Herr Galla nimmt diese Eilentscheidung zum Anlass, um darüber nachzudenken, ob in Sachen Katastrophenschutz, der über Jahrzehnte vernachlässigt wurde, tatsächlich alles getan werde, was erforderlich sei. Er gibt an, dass er mit Enthaltung stimmen werde, weil die Mängel der letzten Jahre nicht noch positiv sanktioniert werden dürfen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung gemäß § 58 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) zur überplanmäßigen Bereitstellung von 722.408,90 € für das Haushaltsjahr 2024 für die Finanzierung der Ausstattung der KatS-Lt.

**zugestimmt**

**Zu TOP 36      Beschlussfassung: Genehmigung einer Eilentscheidung über die Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen zur Finanzierung von Pflegekosten im ambulanten Bereich**  
**Vorlage: 100/2024**

Eine Aussprache wird nicht festgestellt.  
Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage.  
Auszählung wird nicht gewünscht.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung (Anlage) gemäß § 58 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf).

*zugestimmt*

**Zu TOP 37      Beratung und Beschlussfassung: Sitzungskalender des Kreistages  
Oder-Spree für das Jahr 2025  
Vorlage: 080/2024**

Herr Dr. Wand stellt im Namen der AfD-Fraktion den Antrag, den Sitzungskalender 2025 um zwei Termine für den Kreisausschuss zu erweitern, den ersten Termin für den 16.07.2025 und den zweiten Termin für den 10.09.2025.

Weiterhin solle die Verwaltung beauftragt werden, bis zur nächsten Kreistagssitzung einen Termin für die Haushaltsklausur 2026 vorzuschlagen.

Der Vorsitzende lässt über die Änderung des Sitzungskalenders abstimmen.

*mehrheitliche zugestimmt*

Auszählung wird nicht gewünscht.

Der Vorsitzende bittet nun um Abstimmung über den gesamten Sitzungskalender.

*mehrheitliche zugestimmt*

bei einer Enthaltung

Auszählung wird nicht gewünscht.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt den Sitzungskalender des Kreistages Oder-Spree und seiner Ausschüsse für das Jahr 2025.

*einstimmig zugestimmt*

*Nein 0 Enthaltung 1*

**Zu TOP 38      Information zum Verfahren für die Auswahl des Beigeordneten für das  
Dezernat II**

Der Landrat informiert zum Verfahren für die Auswahl des/der Beigeordneten für das Dezernat II. Dieses habe er bereits im Kreisausschuss vorgestellt. Der Ausschreibungstext sei bekannt gemacht worden und der Personalrat in Kenntnis gesetzt.

Anhand des im Kreisausschuss ausgehändigten Zeitplans erläutert der Landrat die weitere Vorgehensweise. **(Anlage 7)**

Er wiederholt noch einmal das im Kreisausschuss vorgetragene Verfahren für einen amtierenden Beigeordneten, wie das bei Herrn Gehm, dem ersten Beigeordneten der Fall sei. Nach der Kommunalverfassung könne man unter Verzicht einer Ausschreibung eine Wiederwahl durch den Kreistag durchführen. Dazu seien die Fraktionen im Kreisausschuss aufgefordert worden, bis Jahresende anzuzeigen, ob hierfür eine Mehrheit zustande kommen würde.

Herr Dr. Zeschmann fordert den Landrat auf, die Anforderungskriterien der zu suchenden Personen darzulegen. Er behauptet, dass der Landrat und die Beigeordneten der Kreisverwaltung immer nach der Stärke der Fraktionen im Kreistag besetzt worden seien.

Er bittet weiterhin, dass auch die Ausschreibung für den ersten Beigeordneten geöffnet werde, damit einsehbar sei, welche geeigneten Kandidaten man bekommen könne.

Er wünscht, dass der Ausschreibungstext zur Kenntnis gegeben werde und hinterfragt auch hier, welche Kriterien zugrunde gelegt werden.

Der Landrat erklärt, dass der Ausschreibungstext zur Verfügung gestellt werde. Dieser sei so angelegt, dass eine breite Bewerberinnen- und Bewerberlage für diese Funktion als Wahlbeamter möglich sei.

Als zweiten Punkt geht er auf die Worte seines Vorredners ein, der Besetzung der Leitungsebene. Der Landrat stellt klar, dass es sich hier um eine Wahlbeamtenstelle handele, wo es nach Landesbeamtenengesetz um die Bestenauswahl gehe. Nach unserer Verfassung habe jeder Zugang zu öffentlichen Ämtern. Folglich könne es kein Kriterium sein, in einem Auswahlverfahren die Bewerber nach ihrer politischen Zugehörigkeit zu befragen. Vom Gesetzgeber sei es ausdrücklich nicht darauf angelegt, wie Dr. Zeschmann es dargestellt habe. Auf Landes- und Bundesebene sei die Situation eine andere.

**Zu TOP 39      Kreistagsarbeit transparent und effizient gestalten  
Vorlage: 22/SPD und B´90/Grüne/2024/1**

Herr Papendieck stellt anhand der Vorlage die einzelnen Punkte des Antrages seiner Fraktion vor.

Herr Wende bittet, diesen Antrag zur Debatte mit der Geschäftsordnung in die Ausschüsse zu verweisen.

Herr Papendieck stimmt zu.

Der Vorsitzende wiederholt noch einmal diese Verfahrensweise.

***zurückverwiesen***

**Zu TOP 40      Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Hauptsatzung des  
Landkreises Oder-Spree  
Vorlage: 101/2024**

Herr Hilke erklärt zur Anlage der Beschlussvorlage, dass die gesetzlichen Änderungen, die sich aus der neuen Brandenburgischen Kommunalverfassung ergeben hätten, in rot markiert seien und diese nicht weiter erörtert werden müssten. Man wolle diese am Ende des gesamten Prozesses mitbeschließen, bei der GesamtAbstimmung.

In grüner Schrift seien dagegen die Änderungen erkenntlich, die durch die Zuarbeiten der Fraktionen eingearbeitet worden seien und bei denen die Verwaltung die Übernahme empfehle. Hier solle über jede Änderung einzeln abgestimmt werden.

Danach solle eben die GesamtAbstimmung über die Hauptsatzung samt gesetzlicher Änderungen (in rot) erfolgen.

Herr Dr. Zeschmann möchte sicherstellen, dass Petitionen, die in den Zuständigkeitsbereich des Kreistages fallen, weiterhin dem Präsidium zugehen. Gleiches gelte für die Antwortschreiben.

Über die Bedeutung zum § 3 Absatz 5 hege er Zweifel, weil Bürgerinnen und Bürger mit einer Petition, wo eine Unterschrift ausreiche, exakt das gleiche erreichen können. Er bittet darüber nachzudenken.

Weiterhin wünscht er Klarstellung und Aufklärung zum § 4 Absatz 2. Seinem Verständnis nach verstehe er das so, dass der Kreisausschuss nach anderen nicht aufgeführten Arten von Vergaben nicht mehr zuständig sein solle und der Landrat allein entscheiden könne

Herr Gehm gibt Auskunft, dass es sich nach VgV um die übergeordnete Verfahrensordnung handele, in denen alle nicht aufgeführten Verfahren enthalten seien.

Zum Thema Petitionen führt er aus, dass es sich hier um einen weiten Begriff handele, der rechtlich gesehen noch sehr viel differenzierter sei. Nach Kommunalverfassung werde das Petitionsrecht nicht nach Beschwerden, Hinweise, Anregungen etc. unterschieden. Es müsse aber ein Mechanismus geben, der die Vielzahl an unterschiedlichen Begehren auffange.

Herr Hilke ergänzt, dass man sich mit dieser Frage bereits in der Präsidiumssitzung beschäftigt habe. Man habe als Kreistag Zuständigkeiten, die uns durch die Kommunalverfassung zugewiesen sind. Soweit der Kreistag über eine bestimmte Frage/Petition zuständig sei, werde sie auch dem Präsidium vorgelegt. Das werde von der Verwaltung festgestellt.

Herr Kaufmann bittet darum, dass ein Passus aufgenommen wird, der vorgibt, dass Beschlussvorlagen grundsätzlich in deutscher Sprache und deutschen Begriffen abgefasst werden. Es sollen keine Anglizismen verwendet werden, wie zum Beispiel bei „On-Demand-Verkehr“.

Herr Hilke schlägt vor, diesen Vorschlag in die Geschäftsordnung aufzunehmen.

Schließlich teilen mehrere Abgeordnete mit, dass alle die Änderungen in den bereitgestellten Unterlagen zur Beschlussvorlage 101/2024 gelesen hätten und keine weiteren Änderungen mehr gewünscht seien.

Herr Hilke schlägt auf Antrag von Herrn Dr. Zeschmann vor, dass insgesamt über die Hauptsatzung abgestimmt werden solle und nicht einzeln über jede Änderung (in grün).

Einwände werden nicht vorgetragen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Vorlage. Wer mit der Hauptsatzung, so wie sie jetzt vorliege, einverstanden sei, den bitte er nun um sein Handzeichen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Hauptsatzung des Landkreises Oder-Spree mit den vorliegenden Änderungen.

### ***mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 38 Nein 2 Enthaltungen 1*

Die notwendige gesetzliche Mehrheit ist damit erreicht.

**Zu TOP 41      Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree  
Vorlage: 102/2024**

Herr Hilke erklärt, dass es wieder die rot hinterlegten gesetzlichen Änderungen gebe und die grünen Änderungen, die zum einen zur Übernahme empfohlen werden und die, wo die Verwaltung keine Übernahme empfiehlt.

Er schlägt vor, dass über die gesetzlichen Änderungen am Ende insgesamt abgestimmt werde und nachfolgend im Einzelnen über die Änderungsanträge der Fraktionen.

Herr Wende stellt einen Geschäftsordnungsantrag und wiederholt seinen Antrag, die Beschlussvorlage zur Änderung der Geschäftsordnung in die Fachausschüsse zu überweisen.

Herr Dr. Zeschmann findet den Vorschlag von Herrn Wende nicht akzeptabel und bittet so zu verfahren, wie der Vorsitzende vorgeschlagen habe.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung zur Überweisung in die Ausschüsse.

***mehrheitliche zugestimmt***

Ja 26    Nein 15

**Zu TOP 42      Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Zuständigkeitsordnung gemäß § 13 Hauptsatzung des Landkreises Oder-Spree  
Vorlage: 103/2024**

Herr Hilke unterrichtet, dass es auch hier wieder gesetzliche Änderungen gebe.

Es liege ein Antrag von der Fraktion BVB/Freie Wähler vor, in den Fachausschüssen nicht mehr entsprechend der Fraktionsstärke sachkundige Einwohner zu berufen, sondern jeweils lediglich zwei sachkundige Einwohner pro Fraktion zu berufen.

Das Wort wird an die antragstellende Fraktion übergeben.

Frau Sellin schlägt eine Änderung vor und möchte von elf auf 14 sachkundige Einwohner erhöhen, so dass kein Nachteil für die Fraktionen auftrete, die mehr als zwei sachkundige Einwohner aktuell haben.

Herr Hilke nimmt den Änderungsantrag von Frau Sellin an.

Der Landrat hinterfragt die Ausführungen von Frau Sellin, ob es klug sei, mehr sachkundige Einwohner als gewählte Vertreter in einem Ausschuss zu haben.

Herr Lindemann ergänzt, dass er hier rechtliche Bedenken sehe und man damit die demokratische Legitimation mit Füßen trete.

Herr Dr. Mernitz teilt die Ausführungen von Frau Sellin und findet die fachliche Beratung durch die sachkundigen Einwohner in den Fachausschüssen für notwendig.

Herr Losensky bittet dabei zu bedenken, dass die Sitzungen der Fachausschüsse öffentlich seien und bei Interesse jeder Bürger daran teilhaben könne. Den finanziellen Mehrbedarf bei kleineren Fraktionen sehe er kritisch, weil diese auch geldliche Unterstützung erhalten.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über den geänderten Änderungsantrag der Fraktion BVB/Freie Wähler.

**mehrheitlich abgelehnt**

Auszählung wird nicht gewünscht.

Der Vorsitzende bitte um Abstimmung der Vorlage insgesamt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Änderung der Zuständigkeitsordnung gem. § 13 Hauptsatzung des Landkreises Oder-Spree.

**mehrheitlich zugestimmt**

Auszählung wird nicht gewünscht.

**Zu TOP 43      Veränderungen in den Ausschüssen**

Herr Hilke verließt die Änderungen.

**CDU:**

Herr Robert Paschke übernimmt den noch freien Platz im Ausschuss für Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung als sachkundiger Einwohner.

**Fraktion SPD und B´90/Grüne:**

Frau Lucia Maack wird als Stellvertreterin der Regionalen Planungsgemeinschaft abberufen.

Frau Claudia Laue wird als Regionalrätin zur Stellvertreterin benannt.

Frau Carolin Hilschenz wird zur Regionalrätin berufen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

**mehrheitlich zugestimmt**

Auszählung wird nicht gewünscht.

Herr Jörg Skibba wird für die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Oder-Spree abberufen.

Herr Hilke nennt als Grund, dass dort nur Abgeordnete zulässig seien und nicht Sachkundige.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

**mehrheitlich zugestimmt**

Herr Thomas Löb wird für den Ausschuss Bauen, Ordnung und Umwelt abberufen.

Stattdessen benennt die Fraktion Herrn Norman Heß als neuen sachkundigen Einwohner.

Frau Kampermann wird für den Ausschuss Soziales, Gesundheit und Migration abberufen.

Stattdessen benennt die Fraktion Herrn Rolf Lindemann als neuen sachkundigen Einwohner.

**Fraktion AfD:**

Herr Detlev Burczyk wird für den Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung abberufen. Er wird für den noch freien Platz im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration als sachkundiger Einwohner berufen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Änderungen insgesamt.

**mehrheitlich zugestimmt**

Auszählung wird nicht gewünscht.

Der Vorsitzende schließt um 20.41 Uhr den öffentlichen Teil und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Rolf Hilke  
Vorsitzender des Kreistages

Birgit Richter  
Schriftführerin

### **Anlagen**

Anlage 1 - Anwesenheitsliste KT 04.12.2024

Anlage 2 - Anwesenheitsliste KT 09.12.2024

Anlage 3 - Geschäftsbericht des Landrates

Anlage 4 - Anfrage 1 Herr Dr. Mernitz zum Altenheim EH mit Antwort

Anlage 5 - Anfrage 2 Herr Dr. Mernitz zur Bezahlkarte mit Antwort

Anlage 6 - Anfrage 3 Herr Dippe Sanierung Sanitäranlagen in Schulen HH 2025 mit Antwort

Anlage 7 - Information zum Verfahren für die Auswahl des Beigeordneten für das Dezernat II

Anlage 8 - Namentliche Abstimmung TOP 17 KT 09.12.2024

Anlage 9 - Namentliche Abstimmung TOP 17 KT 09.12.2024